

## **Rede zum Haushaltsentwurf 2019**

Walter Neuling (Bündnis90/Grüne)

„Wir sehen im Haushaltsentwurf 2018 insgesamt eine Bewegung zu nachhaltiger ökologischer und gesellschaftlicher Entwicklung auch im Sinne der Weltklimakonferenz.“

Mit diesen Worten habe ich im vergangenen Jahr meine Haushaltsrede beendet und unsere Zustimmung zum Haushalt erklärt.

Rückblickend muss ich sagen, dass diese Einschätzung zu optimistisch war. Der Entwurf des Haushaltes 2019 zeigt wenig Perspektive für die Lösung existenzieller Zukunftsfragen wie Mobilität und Klimaschutz

Wir haben einen Sommer hinter uns, der uns die Folgen des Klimawandels auf unser Ökosystem und unsere Gesellschaft erahnen lässt.

Wir hören die Feststellung, dass die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Klimaschutzbemühungen im internationalen Vergleich immer weiter zurückfällt.

Wir merken jeden Tag, dass unsere auf dem motorisierten Individualverkehr basierende Mobilität weder ökologisch noch gesellschaftlich zukunftsfähig ist.

Und was tun wir?

Wir erklären die Parkplatzfrage zum Nabel der Welt. Reflektieren Sie einmal, in wieviel Ausschüssen und Sitzungen des vergangenen Jahres wir uns mit dem Thema Parken, Parkgebühren und Parkplätze beschäftigt haben und wie intensiv das Thema Radverkehr oder ÖPNV vorkamen.

Um es gleich zu sagen, diese Feststellung beinhaltet auch eine Selbstkritik. Wir haben rückwirkend betrachtet viele durchaus sinnvolle Einzelbeschlüsse mitgetragen, aber den Gesamtzusammenhang einer ausgewogenen Mobilität zu wenig betont

Hinsichtlich der Zukunft des Verbrennungsmotors kann man getrost der Weisheit der Dakota-Indianer folgen: „Wenn das Pferd tot ist, steig ab“. Wir sollten uns auch nicht der Position der Bundesregierung und der Automobilindustrie anschließen. Diesen sehen den Sachverhalt anders: „ Wenn das Pferd tot ist, wähle einen bequemen Sattel, es könnte ein langer Ritt werden.“

Das heißt für uns, wenn wir zukünftig Mobilität denken, sollte es immer darum gehen, konkrete Angebote für den Verkehr jenseits des Verbrennungsmotors zu machen. Aber nur den auf Verbrennung basierenden Individualverkehr durch den elektrischen Individualverkehr zu ersetzen, wird, sofern wir vollständig auf regenerativen Strom setzen, das Schadstoffproblem lösen. Die unter dem Verkehr leidende Lebensqualität unserer Städte wird sich dadurch so nicht verbessern.

Unser Ziel ist eine Verkehrspolitik, die sich nicht länger an den Stärksten ausrichtet. Das Credo einer solchen Politik findet sich im jüngsten Unfallverhütungsbericht des Verkehrsministeriums: „Für ältere Fußgängerinnen und Fußgänger werden Massnahmen angeraten, die vor allem die physischen Voraussetzungen für sicheres Queren trainieren.“

Also: Wer schneller quert, die Flüssigkeit des Automobilverkehrs nicht verzögert, ist kürzer im Risiko.

Verkehrspolitik der Zukunft muss die Verletzlichsten im Fokus haben. Dafür müssen die Straßenverkehrsgesetze neu geschrieben werden, Geld und Platz anders verteilt werden. Menschen, nicht Maschinen müssen im Mittelpunkt der Verkehrspolitik stehen.

Und was geschieht in Detmold?

- Anstatt den Kaiser-Wilhelm-Platz zu einer grünen Oase in der Stadt zu machen, wird er als Parkreservefläche betrachtet und als Krönung sind sogar 14 Bäume zur Fällung für Parkplätze vorgesehen.
- Die Blomberger Straße wird ohne Landeszuschuss saniert, weil es solche Zuschüsse nur mit Radweg gibt und hier Parkplätze wichtiger waren.
- Wir haben einen ausgezeichneten Stadtbusverkehr. Mit dem Angebot eines Nulltarifs an den verkaufsoffenen Sonntagen sollte Reklame für diese Form der Mobilität gemacht werden. Dieses wird natürlich völlig konterkariert, wenn man in der Folge auch die Parkhäuser gebührenfrei macht
- Einfache Dinge wie die Erneuerung von Fahrbahnmarkierungen für Radfahrer erfolgen zögerlich bis gar nicht.
- Außer einem kleinen Teilstück der Veloroute West, das in Heidenoldendorf umgesetzt werden soll, scheint das Velo-Routenkonzept völlig in der Versenkung verschwunden zu sein.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir den Antrag der CDU Fraktion auf Untersuchung einer möglichen Einbahnstraßenregelung auf dem Innenstadtring. Uns geht es dabei nicht um die Flüssigkeit des Automobilverkehrs, sondern um die Klärung der Frage, ob eine solche Lösung Vorteile für Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV bietet.

Insbesondere von der CDU wird uns vorgeworfen, wir führten einen Krieg gegen das Auto bzw. die Autofahrer und würden als typische Verbotspartei zu Lösungen durch Reglementierung und Zwang neigen.

Auch wenn dies manchmal notwendig ist, so setzen wir in erster Linie darauf, durch die entsprechenden Angebote für die Nutzung des ÖPNV, des Fahrrades oder E-Bikes ein für möglichst viele Menschen attraktives Gegenmodell zu entwickeln.

Als erster Schritt dazu ist seit letzter Woche unser Vorschlag zum Radverkehr auf dem Innenstadtring auf unserer Homepage einsehbar.

Zum Klimaschutz.

Die Kommunen haben gemäß der alten, trotzdem richtigen Erkenntnis „global denken, lokal handeln“ aus unserer Sicht drei Aufgaben:

- Wo immer es geht, die CO<sub>2</sub>-Emissionen senken, beim Verkehr, bei den Gebäuden, der Heizung, bei der Organisation der kommunalen Infrastruktur
- Vorkehrungen treffen um die jetzt schon absehbaren Folgen wie Starkregen, Sturm, Hitze, Trockenheit durch die technische Infrastruktur den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu organisieren

- Durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit auf die individuellen Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im Sinne eines nachhaltigen Ressourcenverbrauchs hinzuwirken.

Hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Vermeidung wird zu Recht auf die hervorragende Arbeit unserer Stadtwerke hingewiesen. Hier drängt sich uns aber manchmal der Eindruck auf, dass der Anschluss verpasst wird. Zur Zeit arbeitet die neue Geschäftsführung noch das Erbe von Herrn Hüls ab, neue innovative Vorschläge haben wir bisher nicht gehört.

Dies ist aber angesichts der europäischen Entwicklung dringend erforderlich. In Dänemark sind seit 2013 Einzelverbrennungsheizungen in Neubauten unzulässig, seit 2016 ist auch der Ersatz von Altgeräten nicht mehr zulässig. Dänemark hat eine Fernwärmequote von weit über 50%.

Auch in den Niederlanden ist seit dem 1.7.2018 in Neubauten die Installation einer Einzelgasheizung verboten

Auch wenn solche Umstellungsprozesse lange dauern, erwarten wir bereits jetzt von den Stadtwerken Konzepte für die Wärmeversorgung der Zukunft. Den Klimawandel bekämpft man am effektivsten, wenn dieser Kampf keine Verluste macht, sondern Gewinne generiert.

Hinsichtlich der Folgenbewältigung wissen wir, dass neben der technischen Infrastruktur die Stabilität und Diversität der Ökosysteme eine zentrale Rolle spielt. So kommt dem Erhalt des Stadtgrüns, der Wälder und Freiflächen eine große Bedeutung zu.

Auch in diesem Zusammenhang ist die erwähnte Baumfällung am Kaiser-Wilhelm-Platz nicht hinnehmbar, aber auch der Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan, der das Liebigwäldchen hinwegfegen soll, gehört dazu.

Und wir können es uns offensichtlich leisten, trotz des viel beschworenen Mangels an Gewerbeflächen und der also erforderlichen Freiflächenvernichtung den Bau einer Ersatzschule im Gewerbegebiet zu genehmigen.

Wir sind der Meinung, dass der Haushaltsentwurf 2019 auf diese zentralen Fragen keine oder falsche Antworten gibt.

Wir wollen das aber nicht nur konstatieren, wir selbst werden im Jahre 2019 verstärkt auf allen Ebenen Vorschläge machen und Anträge stellen.

Wir sind aber auch der Meinung, dass in das Handeln der Verwaltung, in die Koordinierung aller am Klimaschutz Beteiligten und in der Öffentlichkeitsarbeit neuer Schwung erforderlich ist. Wir haben daher beantragt, einen Klimaschutzmanager oder beauftragten einzustellen, der gemeinsam mit dem Mobilitätsbeauftragten Initiativen voranbringt.

Wenn die Mehrheit des Rates unserem Antrag gefolgt wäre, so hätten wir trotz der im Vorfeld genannten Kritikpunkte im Sinne eines Vertrauensvorschusses dem Haushalt insgesamt zugestimmt.

Unser Antrag wurde abgelehnt. Ohne sichtbare Fortschritte in Sachen Klimaschutz können und werden wir dem Haushalt daher nicht zustimmen.

